

Engagement für Stahl

Jahresbericht 2020



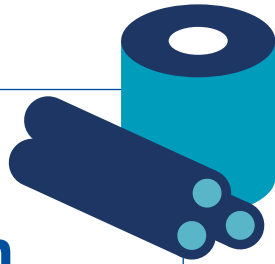
Wirtschaftsvereinigung
Stahl

Fakten 2020

Im Jahr 2019 wurden
in Deutschland

**39,6 Millionen
Tonnen Rohstahl**

hergestellt. Infolge der Pandemie
werden es 2020 weniger sein.



Das **Handlungs- konzept Stahl**

der Bundesregierung adressiert die politischen Maßnahmen und Instrumente, die es für das Erreichen der Klimaneutralität mithilfe der Stahlindustrie umzusetzen gilt.

Bei einer 40-prozentigen Verlagerung der Stahlproduktion in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen (Carbon Leakage) würden bis 2035 in Deutschland

200.000 Arbeitsplätze
verloren gehen.



Bei der klimaneutralen Stahlproduktion lassen sich je Tonne grünem Wasserstoff rund

**26 Tonnen
CO₂ einsparen.**



Safeguards sind ein wichtiges handelspolitisches Instrument zum Schutz vor stark steigenden Importen in den europäischen Markt. Die WV Stahl fordert deren

Verlängerung über das Jahr 2021 hinaus.



Die Stahlindustrie in Deutschland transportiert bereits heute

**52 Prozent
der Gütermengen**

umweltfreundlich mit der Bahn.

**Mehr als
30.000 Nutzer**

informieren sich regelmäßig in den Social-Media-Kanälen der WV Stahl über die Stahlindustrie in Deutschland.



Rund 700 Gäste nahmen im Januar 2020 am Internationalen Architektur-Kongress der WV Stahl teil – seit 18 Jahren einem der bedeutendsten Architektur-Events in Europa.

Engagement für Stahl

© iStock.com/fizes und WV Stahl



Sehr geehrte Damen und Herren,

was im vergangenen Jahr noch geradezu undenkbar schien, hat unser aller Leben seit März dramatisch verändert: Die Corona-Pandemie hat von heute auf morgen auch die Art, wie wir arbeiten und kommunizieren, gravierend beeinflusst. Dies gilt selbstverständlich auch für die politische Interessenvermittlung der Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In die heimischen vier Wände verlagerte Büroarbeitsplätze und Videokonferenzen statt persönliche Treffen bestimmen unseren Alltag. Wir alle hoffen, dass die Corona-Krise rasch überwunden werden kann.

Für die Stahlindustrie in Deutschland haben der Ausbruch der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft wie ein Katalysator für die gewaltigen Herausforderungen der Branche gewirkt: So gilt es, den Strukturwandel in der Wirtschaft, Verwerfungen im Außenhandel und die Transformation in Richtung CO₂-armer Produktion anzugehen. Vermutlich niemals zuvor benötigte die Stahlindustrie so notwendig einen wettbewerbsfähigen politischen Rahmen wie heute.

Die Stahlunternehmen sind auf dem Weg, einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Für umfassende Klimaschutz-Investitionen müssen jedoch erst politische Entscheidungen auf den Weg gebracht werden. Mit dem „Handlungskonzept Stahl“, das die Bundesregierung am 15. Juli 2020 verabschiedet hat, liegt mittlerweile ein industriepolitisches Konzept vor, welches die wichtigen Themen der Stahlindustrie in Deutschland adressiert. Die WV Stahl arbeitet nun mit Hochdruck daran, dass die vorgesehenen Maßnahmen und Instrumente von der Politik umgesetzt werden. In den kommenden Monaten müssen die Voraussetzungen für die Transformation in eine grüne Stahlproduktion in Deutschland geschaffen werden.

Hier setzt auch die im Herbst gestartete Kampagne „#nichtköntemuss“ unserer Organisation und ihrer Mitglieder an. Ein Alltag ohne Stahl ist nicht vorstellbar. Die Kommunikationskampagne greift diesen Gedanken auf und zeigt, wie der Alltag 2030 mit einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Stahlproduktion in Deutschland aussehen könnte und was dafür in Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft getan werden muss. Dabei machen wir klar: Die Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl ist ein wichtiger und unverzichtbarer Schritt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WV Stahl waren in diesem Jahr mit zahlreichen weiteren Themen befasst. Über einige dieser Aktivitäten informieren wir im vorliegenden Jahresbericht. Wenn Sie mehr erfahren wollen, steht Ihnen das Team der WV Stahl gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
im November 2020

Engagement für Stahl

Jahresbericht 2020

- 2** Auf einen Blick
- 3** Editorial
- 4** Inhalt
- 6** Industriepolitik
in Zeiten der Corona-Pandemie
- 10** Europa
Wirtschaftlichen Neustart mit
Klimaschutz verbinden
- 12** Außenhandelspolitik
Herausforderungen bleiben groß
- 16** Klimaneutrale Stahlindustrie
Politische Rahmenbedingungen
weiterhin unzureichend
- 20** Umweltpolitik und Nachhaltigkeit
Wechselwirkungen im Blick
- 24** Förderprogramme
Bessere Vernetzung erforderlich
- 25** Verlustabzug
Besteuerung derzeit nicht
leistungsgerecht
- 26** Stärkung der Schiene
Erste Erfolge bei Güterbahnen
- 27** Fachkräfte
Wichtiger Pfeiler der Transformation
- 28** Internationaler Architektur-Kongress
Neues Bauen mit Stahl maßgebend
- 30** On- und Offline
Sichtbar bleiben auf allen Kanälen
- 33** Wirtschaftsvereinigung Stahl
Stimme für die Stahlindustrie
in Deutschland
- 34** Mitglieder der
Wirtschaftsvereinigung Stahl

Impressum

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin
Deutschland
Tel. +49 30 232 5546-0
info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

Redaktion:

Kommunikation, Wirtschaftsvereinigung Stahl

Layout, typesetting:

etcetera Werbeagentur, Aachen

Foto Titelseite:

© iStock.com/Olivier Le Moal

Copyright:

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Berlin, November 2020



6

Industriepolitik
in Zeiten der
Corona-Pandemie

© iStock.com/Xantana



10

Europa
Wirtschaftlichen
Neustart mit Klima-
schutz verbinden

© Adobe Stock/artjazz



12

Außenhandelspolitik
Herausforderungen
bleiben groß

© iStock.com/cinoby



16

Klimaneutrale
Stahlindustrie
Politische Rahmen-
bedingungen weiter-
hin unzureichend

© iStock.com/macocomit



20

Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit
Wechselwirkungen
im Blick

© istockphoto/piyasat



30

On- und Offline
Sichtbar bleiben
auf allen Kanälen

© iStock.com/Chairarong Prasertthai



Industriepolitik in Zeiten der Corona-Pandemie

Infolge der Corona-Pandemie hat sich die wirtschaftliche Lage der Stahlindustrie in Deutschland noch einmal erheblich verschärft: In den ersten acht Monaten 2020 sind die Rohstahlproduktion um 17 Prozent und der Umsatz in der Branche sogar um mehr als 20 Prozent gesunken – dies ausgehend von einem bereits sehr niedrigen Niveau. Zwar ist der Tiefpunkt der konjunkturellen Krise inzwischen vermutlich durchschritten, die eingesetzte Erholung scheint jedoch – auch vor dem Hintergrund wieder steigender Infektionszahlen – fragil und mit vielen Unsicherheiten behaftet zu sein. Im Jahr 2021 dürfte einer aktuellen Einschätzung des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge die Rohstahlproduktion das dann vierte Jahr in Folge unter der 40-Millionen-Tonnen-Grenze liegen.

Auf die Konjunkturkrise hat die Bundesregierung mit umfassenden Hilfs- und Rettungsmaßnahmen reagiert. Diese tragen zwar maßgeblich dazu bei, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich weniger stark sinken wird als es in der Finanzkrise 2009 der Fall gewesen ist. Für die Stahlindustrie wird jedoch entscheidend sein, dass neben den konjunkturellen auch die strukturellen Herausforderungen entschlossen angegangen werden.

Handlungskonzept Stahl: Umsetzung nun entscheidend

Die Stahlunternehmen wollen einen essenziellen Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Ziele, insbesondere durch die Einführung von neuen CO₂-armen Verfahren in der Stahlproduktion, leisten. Dabei sieht sich die Branche jedoch mit wachsenden Belastungen aus der Energie- und Klimapolitik sowie einem in hohem Maße verzerrten internationalen Wettbewerbsumfeld konfrontiert. Eine Transformation in Richtung Klimaneutralität kann daher nur gelingen, wenn die Voraussetzungen auf verschiedenen Politikfeldern geschaffen werden: Zum einen sind Chancengleichheit und ein globales Level Playing Field auf den internationalen Märkten zu schaffen, zum anderen müssen Transformationsanreize durch einen klugen Policy-Mix richtig gesetzt werden.

Mit dem am 15. Juli 2020 verabschiedeten „Handlungskonzept Stahl“, besonders in Verbindung mit der Nationalen Wasserstoffstrategie, liegt nun zum ersten Mal ein kohärentes industriepolitisches Konzept für die Transformation der Branche vor. Jetzt geht es darum, den gesetzten Rahmen

Handlungskonzept Stahl auf einen Blick

Chancen- gleichheit auf dem globalen Stahlmarkt schaffen

- › Gegen globale Überkapazitäten vorgehen und Marktverzerrungen auf internationaler Ebene unterbinden
- › Handelsschutz konsequent anwenden und bei Bedarf auch verschärfen

Verlagerung der Stahlproduktion verhindern (Carbon Leakage)

- › Kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten im EU-Emissionshandelssystem im erforderlichen Umfang fortführen
- › Strompreiskompensation erhalten
 - › Grenzausgleich als mögliche Ergänzung für Carbon-Leakage-Schutz-System prüfen

Weg in die CO₂-arme Stahlproduktion ebnen

- › Grüne Leitmärkte
- › Anreize für Investitionen in grüne Technologien
- › Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft
 - › Förderprogramme für Forschung, Entwicklung und Umsetzung

auszufüllen und konkrete Umsetzungsschritte zu erarbeiten. Dies sollte möglichst zeitnah geschehen, damit die bestehenden Investitionszyklen auch für Klimaschutz-Investitionen genutzt werden können. Insbesondere müssen angesichts hoher Investitionskosten ausreichende Förderprogramme bereitgestellt und aufeinander abgestimmt werden.

Entscheidend wird zudem sein, Instrumente zu finden, mit denen die deutlich höheren Produktionskosten, die mit der Erzeugung von grünem Stahl im Vergleich zu herkömmlichem Stahl verbunden sind, ausgeglichen werden können. Sogenannte „Carbon Contracts for Differences“ wie auch die Entwicklung von „grünen Leitmärkten“ sind hier die wesentlichen Stellschrauben.

Auch schlüssige industriepolitische Strategie der EU notwendig

Die im Handlungskonzept Stahl genannten Ziele können nur erreicht werden, wenn sie auch durch europäische Initiativen ergänzt werden. Der „Green Deal“ sieht zwar eine Vielzahl von Einzelinitiativen vor. Diese müssen jedoch erst in ein schlüssiges Gesamtkonzept gegossen werden. Dabei ist eine Vielzahl von Fragen noch weitgehend ungeklärt. Dazu zählt, wie eine wirksame Strategie im Außenhandel aussehen könnte, die mit den WTO-Regeln vereinbar ist und die heimische Industrie vor Dumping aus China oder vor den Folgen des neuen Protektionismus in den USA schützt.

Völlig offen ist zudem, mit welchen Instrumenten sichergestellt werden kann, dass die Industrie trotz immer höherer Ambitionen im Klimaschutz ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wahren kann. Auch weitreichende Anpassungen im europäischen Wettbewerbs- und insbesondere Beihilferecht sind dringend erforderlich, damit die Transformation der Stahlindustrie gelingen kann.

Klimaschutz mit „Carbon Leakage“: Teuer für die gesamte Wirtschaft

Werden die wirtschaftspolitischen Weichen jetzt nicht richtig gestellt, drohen erhebliche negative Folgen für die ganze Wirtschaft. Beispielhaft zeigt dies eine Studie der Prognos AG im Auftrag der WV Stahl: Die Stahlindustrie in Deutschland kann ihren zentralen Platz in der Wertschöpfungskette auch in den nächsten 15 Jahren behalten, sofern es gelingt, ein globales Level Playing Field herzustellen. Sofern jedoch politisch versucht wird, Klimaziele zu erreichen, indem einseitig die spezifischen CO₂-Kosten für die Unternehmen erhöht werden, ohne zugleich den Unternehmen einen begleitenden Rahmen für den Wandel bereitzustellen, bleibt als einzige Option nur „Carbon Leakage“ und der damit verbundene Ersatz von heimischer Produktion durch Importe.

Prognos zufolge würde eine 55-prozentige Reduktion der Treibhausgase in der Stahlindustrie über eine solche Politik der „einseitigen Belastung“ in Deutschland zu einem Wertschöpfungsverlust in Höhe von 20 Milliarden Euro allein im Jahre 2035 führen, verbunden mit dem Verlust von rund

Klimapolitik: Einseitige Belastungen schaden Klima und Wirtschaft



40 % Produktionsverlust in der Stahlindustrie 2020-2035



Quelle: Prognos-Studie „Klimapolitische Herausforderungen der Stahlindustrie in Deutschland“

200.000 Arbeitsplätzen. Wichtige Botschaft der Studie: Der Weg in die Klimaneutralität muss durch eine kluge Industriepolitik begleitet werden. Für die Stahlindustrie in Deutschland bedeutet dies: Unterstützung statt Belastungen.













Carbon Leakage

Man spricht von Carbon Leakage, wenn Unternehmen aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen zusätzliche Kosten entstehen und infolgedessen Produktion – und somit auch CO₂-Emissionen – in andere Länder verlagert werden. Dadurch können die Gesamtemissionen sogar ansteigen. Besonders in den energieintensiven Branchen ist das Carbon-Leakage-Risiko hoch.

Lieferkettengesetz: Erhebliche Belastungen für die Industrie

Besorgniserregend vor diesem Hintergrund ist, dass die Bundesregierung nun offenbar ein nationales Lieferkettengesetz initiieren wird, das voraussichtlich Unternehmen in Form von Berichtspflichten und Haftungsrisiken erheblich belasten wird: So soll der Anwendungsbereich Lieferkette auf Wertschöpfungsketten ausgeweitet werden. Dies würde bedeuten, dass die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zusätzlich auch auf Kundenbranchen

**Brancheninitiativen zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette:
Gesetzliche Anforderungen an die deutsche Stahlindustrie steigen**

 Gesetzliche Anforderung	 Zeitraum	 Verbindlichkeit	 Ministerium	 Rohstoffe	 Betroffenheit Stahlindustrie
Nationaler Aktionsplan Wirtschaft & Menschenrechte/ Lieferkettengesetz	2016 – 2020/ noch offen	JA Unternehmen mit > 500 Mitarbeitern	AA, BMAS, BMWi, BMZ, BMF	alle	
CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz	ab 2017	JA börsennotierte Unternehmen mit > 500 Mitarbeitern	BMAS	alle	
EU-Konfliktrohstoff-Verordnung	ab 2021	JA EU-Importeure	BMWi	3TG, Ausweitung droht	
Dodd-Frank Act	ab 2010	NEIN	BMWi	alle	

Quelle: WV Stahl

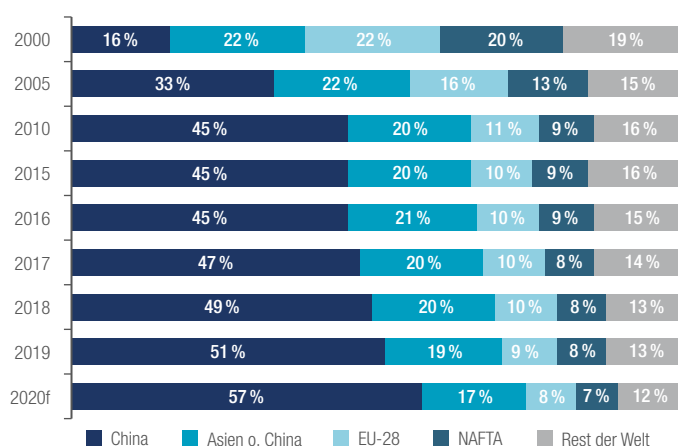
sowie auf die Entsorgung anzuwenden sind. Hinzu kommt, dass gerade beim Rohstoffbezug, dem wesentlichen Lieferantensektor der Stahlindustrie, die Lieferketten sehr tief gegliedert sind. Eine vollständige Durchleuchtung der gesamten Lieferketten ist für die Unternehmen nicht handhabbar. Hinzu kommen erhebliche Haftungsrisiken, wenn Unternehmen für etwaige Verstöße ihrer Lieferanten verantwortlich gemacht werden, zumal auf der Basis unbestimmter Rechtsbegriffe.

Die Stahlindustrie in Deutschland bekennt sich ausdrücklich zur Einhaltung von unternehmerischen Sorgfaltspflichten. Aus Sicht der WV Stahl zeichnet sich jedoch deutlich ab, dass ein Sorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) in der bislang vorgesehenen Form zu einer erheblichen Belastung für die hiesige Industrie und damit zu einem deutlichen Wettbewerbsnachteil führen würde – insbesondere bei ausschließlicher nationaler Umsetzung.

Chinas Dominanz auf dem globalen Stahlmarkt wächst

Mit den Folgen der Corona-Pandemie spitzt sich die Lage im internationalen Umfeld für die Stahlindustrie in Deutschland und der EU noch einmal erheblich zu. Auf der einen Seite müssen die meisten Länder, mit Ausnahme Chinas, erhebliche Einbußen bei der Stahlnachfrage verkraften. Damit nehmen in der Tendenz auch die Überkapazitäten in der globalen Stahlindustrie zu. Zum anderen wächst in vielen Ländern die Bereitschaft, auf Nachfrageeinbrüche mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu reagieren, die der heimischen Industrie Vorteile im Wettbewerb verschaffen. Die Bedeutung eines arbeitsfähigen Globalen Stahlforums im Rahmen der G20 wird vor diesem Hintergrund umso wichtiger. Dabei geht es gegenwärtig vor allem darum, China, dessen Anteil an der globalen Stahlwirtschaft sich gegenwärtig der 60-Prozent-Marke nähert, wieder in die multilaterale Arbeit einzubeziehen.

Regionale Anteile an der Weltstahlnachfrage*



*Nicht bereinigt um statistische Sondereffekte in China

Quelle: worldsteel, SRO Okt.20

Weiterführende Informationen

- › Handlungskonzept Stahl
- › Studie „Klimapolitische Herausforderungen der Stahlindustrie in Deutschland“, Prognos AG, 2020
- › Aktuelle Konjunkturinformationen

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Ansprechpartner:

Dr. Martin Theuringer

+49 211 6707-964

martin.theuringer@wvstahl.de

Europa

Wirtschaftlichen Neustart mit Klimaschutz verbinden

Für die Stahlindustrie in Deutschland und Europa brachte das Jahr 2020 einige erwartete Herausforderungen, beispielsweise die bevorstehende Transformation hin zu einer klimaneutralen Stahlerzeugung. Es gab aber auch solche, mit denen niemand gerechnet hatte, wie die Corona-Pandemie und ihre Folgen. Die Krise hat jedoch gezeigt, dass Europa fähig ist, in schwierigen Zeiten zusammenzustehen und gemeinsam zu handeln. Trotz aller Bemühungen, die Auswirkungen der Krise zu bewältigen, gilt es, den Blick nach vorne zu richten und bereits jetzt die Rahmenbedingungen für eine grüne, aber zugleich wettbewerbsfähige europäische Stahlindustrie zu setzen, die auch künftig Wohlstand und Beschäftigung sichert. In Brüssel waren die beherrschenden Themen des Jahres die Umsetzung des Green Deal sowie das EU-Wiederaufbauinstrument, der EU-Recovery Fund. Deutschland hat im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne und spielt daher eine besondere Rolle bei der Schaffung der zugehörigen Rahmenbedingungen. Die WV Stahl ist bestrebt, diese Chance zu nutzen und die wirtschaftliche Erholung entscheidend im Sinne der Stahlindustrie mitzugestalten.

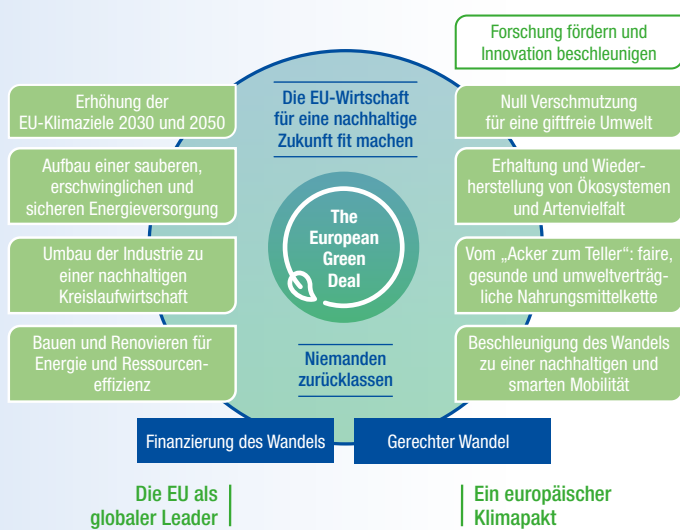
Green Deal – A Big Deal

Die Europäische Kommission hat mit dem Green Deal ein äußerst ambitioniertes Maßnahmenpaket vorgestellt, mit dessen Hilfe die Umsetzung der Pariser Klimaziele in der EU gelingen soll. Für die Stahlindustrie eröffnen sich durch den Green Deal neue Chancen, aber auch Herausforderungen. Als energieintensive Industrie hat die Stahlbranche eine enorme Hebelwirkung bei der Reduktion von Emissionen, da Stahl ein integraler Bestandteil vieler Wertschöpfungsketten ist. Grüner Stahl ist somit für die Umsetzung des Green Deal unverzichtbar.

Der Green Deal unterscheidet sich von EU-Initiativen der Vergangenheit durch seine enorm ambitionierte Zielsetzung, besonders aber auch durch seinen universellen Charakter. So ist fast jede neue legislative Maßnahme der europäischen Institutionen von den Paradigmen des Green Deal entscheidend geprägt. Die WV Stahl unterstützt die ehrgeizigen klimapolitischen Ziele der EU und begleitet die bereits vorgenommenen und noch anstehenden Weichenstellungen aktiv. Das



Der Europäische Green Deal



Ziel ist ein CO₂-armes Europa mit einer international wettbewerbsfähigen Stahlindustrie. Derzeit fehlen jedoch noch die entsprechenden politischen Rahmenbedingungen, die den Stahlunternehmen umfassende Klimaschutzinvestitionen ermöglichen. Wenn Europa seinem Anspruch, globaler Vorreiter beim Klimaschutz zu sein, gerecht werden möchte, ist es auch eine zentrale Aufgabe der Politik in Brüssel, die Transformation der Stahlindustrie durch geeignete Instrumente und Maßnahmen zu flankieren.

EU-Recovery Fund

Die Corona-Pandemie hat unser gesamtes Leben, unser Arbeiten und Reisen nachhaltig verändert. Auch die Europäische Union hat darauf reagiert. Nach intensiven Beratungen konnte sich der Rat der EU auf eine gemeinsame Vorgehensweise bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise verständigen. Der so entstandene Kompromiss stellt ein Novum in der Geschichte der EU dar:

Erstmals nimmt die Gemeinschaft eigene Schulden auf, um die gravierendsten Auswirkungen abzumildern. Die hierfür vorgesehenen Mittel belaufen sich insgesamt auf 1.850 Milliarden Euro. Hiervon entfallen 750 Milliarden Euro auf den aktuellen Haushalt, 1.100 Milliarden Euro sind für den EU-Haushalt 2021-2027 vorgesehen. Zur Rückzahlung der am Kapitalmarkt aufgenommenen Gelder sollen EU-eigene Einnahmequellen erschlossen werden.

Angesichts der Krise hat die Europäische Kommission den Green Deal als Wachstumsstrategie positioniert, mit dem wirtschaftliche Erholung und Klimapolitik vereint werden sollen. Zu diesem Zweck hat der Rat der EU im Juni eine erhebliche Aufstockung des Fonds für einen gerechten Übergang sowie der verschiedenen Forschungsförderungsinstrumente beschlossen, wovon auch die Stahlindustrie profitiert.

Vertretung der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Brüssel mit neuer Adresse:

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Rue Marie de Bourgogne 58 | B-1000 Brüssel

Aufgaben auf EU-Ebene:

- › Positionierung der Interessen der Stahlindustrie in Deutschland
- › Unterstützung der politischen Entscheidungsprozesse
- › Information über internationale und europäische Themen und Trends
- › Netzwerkpfege in EU-Institutionen und bei Stakeholdern in Brüssel
- › Mitarbeit in internationalen Arbeitsgruppen
- › Organisation von Gesprächskreisen und Konferenzen

Weiterführende Informationen

- › Politik-Kompass EU-Ratspräsidentschaft Deutschland 2020 „Gemeinsam für einen starken Industriestandort Europa – Positionen der Stahlindustrie in Deutschland“

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Ansprechpartner:

Rolf Kuby

☎ +32 2 8011387

✉ rolf.kuby@wvstahl.de



Außenhandelspolitik

Herausforderungen bleiben groß

Das außenwirtschaftliche Umfeld der Stahlindustrie verändert sich weiter dramatisch. Vor allem in China, aber auch in vielen anderen Schwellenländern werden nach wie vor Kapazitäten in erheblichem Umfang aufgebaut, die nicht der Nachfrageentwicklung entsprechen und damit im Widerspruch zu grundlegenden marktwirtschaftlichen Prinzipien stehen. Die Strukturkrise hat sich durch die Corona-Pandemie weiter verstärkt. In der Folge breiten sich wettbewerbsverzerrende Handelspraktiken, besonders Dumping, im globalen Wettbewerb weiter aus.

Gleichzeitig schotten traditionelle Importländer zunehmend ihre Stahlmärkte ab, um ihrer heimischen Industrie Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Ein Beispiel dafür sind nach wie vor die USA. Die Verhängung von Sonderzöllen – vermeintlich aus Gründen der nationalen Sicherheit (Section 232 des Trade Expansion Act von 1962) – ist ein WTO-widriger Eingriff in den internationalen Handel und führt darüber hinaus zu Umleitungen von Handelsströmen in den EU-Markt. Selbst nach dem Machtwechsel in der US-Regierung ist nicht zu erwarten, dass diese Maßnahmen in naher Zukunft eingestellt werden.



Safeguards bleiben unverzichtbar

Angesichts der zunehmenden Bedrohung der EU-Stahlindustrie durch erhebliche Stahlüberkapazitäten, Wettbewerbsverzerrungen sowie des weltweit wachsenden Protektionismus hat die EU-Kommission bereits 2019 endgültige Schutzmaßnahmen, sogenannte Safeguards, auf den Weg gebracht. Ziel war es, die EU-Stahlindustrie wirksam vor Handelsumlenkungen von Stahl in den offenen EU-Markt zu schützen. Diese Hoffnung hat sich allerdings nicht erfüllt, da die Maßnahmen erhebliche Konstruktionsfehler aufwiesen. Seither wurden die Safeguards in zwei Revisionsprozessen überarbeitet. Mit Blick auf das Quotenmanagement konnten Verbesserungen in einzelnen Produktgruppen erreicht werden, so z. B. bei den individuellen Quoten für die wichtigsten Exporteure, der Aufteilung in vierteljährliche Quoten und den Beschränkungen bei der Übertragung ungenutzter Mengen. Diese Anpassungen bieten der Stahlindustrie in Europa aktuell Schutz, indem sie helfen, das Risiko marktstörender Importkonzentrationen aus bestimmten Ländern einzudämmen. Allerdings laufen die Maßnahmen Mitte 2021 aus. Eine Verlängerung ist aus Sicht der WV Stahl angesichts der massiven Bedrohungslage dringend erforderlich.

Konsequenter Einsatz von Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen

Anders als Safeguards wirken die traditionellen Handelschutzmaßnahmen Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen punktuell – fokussiert auf ein Exportland bzw. ein bestimmtes Produkt. Ziel dabei ist es nicht, einen großflächigen Schutzschirm aufzuspannen, sondern gezielt gegen unfaire Marktverzerrungen vorzugehen. Auch während

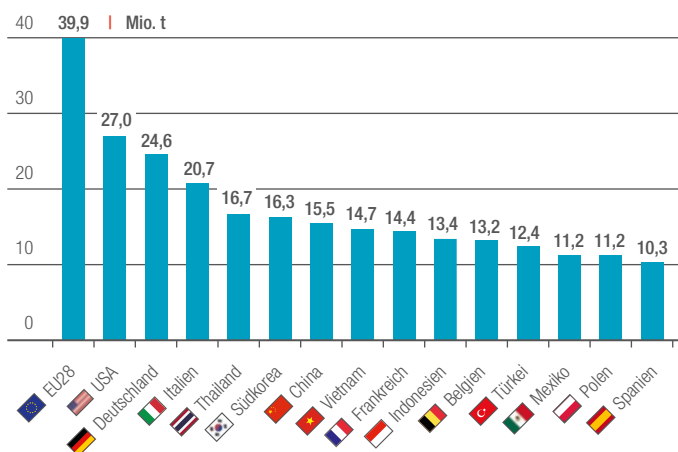
Entwicklung der EU-Safeguard-Maßnahmen



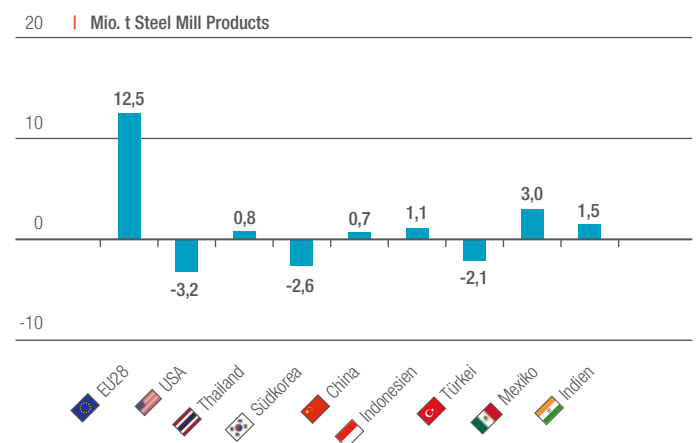
der Corona-Pandemie wurde die Stahlindustrie in Deutschland und in der EU durch Handelspraktiken wie Preisdumping oder den Einsatz gezielter Subventionen geschädigt. Neue Verfahren, z. B. gegen Importe von Warmbreitband aus der Türkei, wurden auf den Weg gebracht. Gleichzeitig läuft eine Reihe von Maßnahmen aus, die dringend einer Verlängerung bedürfen, beispielsweise bei den Erzeugnissen Walzdraht,

Die weltweiten Exporte konzentrieren sich zunehmend auf die EU

Die größten Stahlimporteure 2019



Veränderung der TOP-10 Importländer 2019*/2013

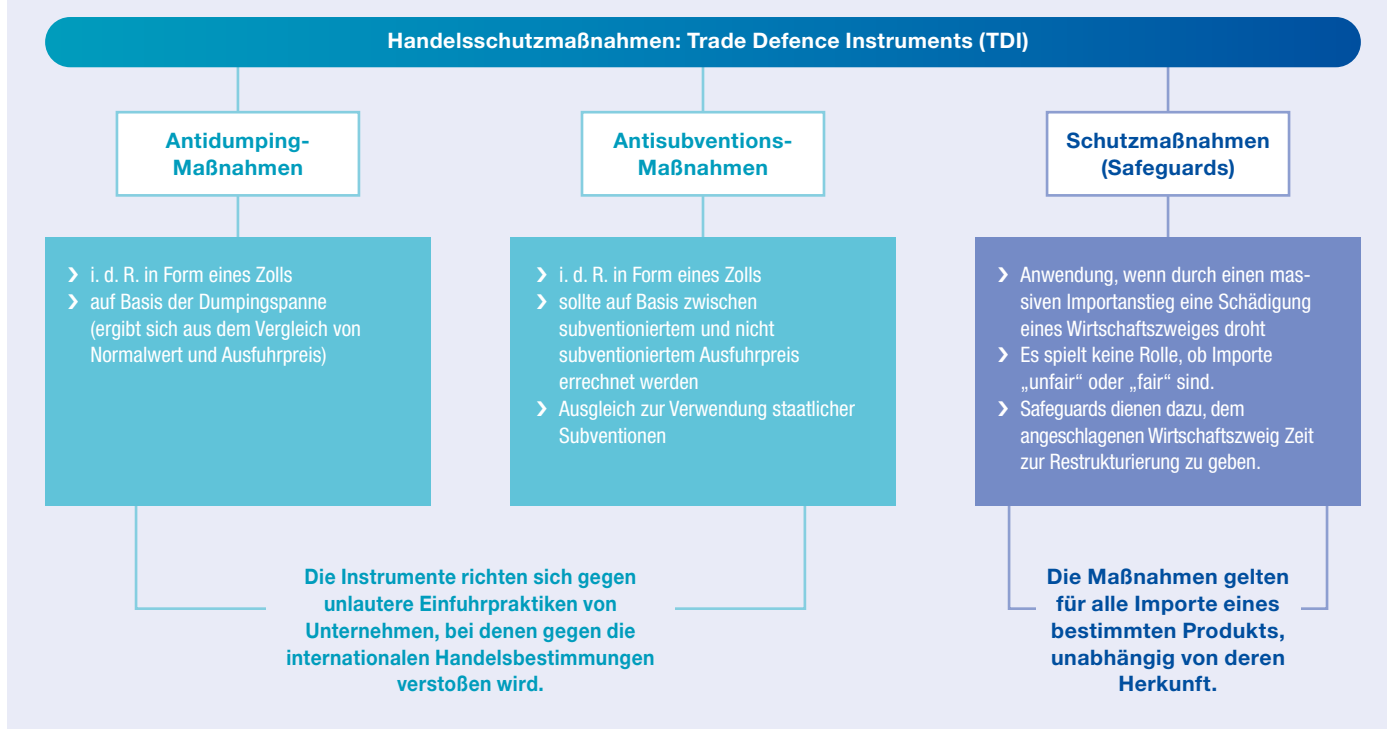


* 2019: jeweiliger Meldestand auf Jahresniveau hochgerechnet

Quelle: Nationale statistische Ämter (Außenhandel), WV Stahl (Berechnung)



Was ist der Unterschied zwischen Safeguards und traditionellen Handelsschutzmaßnahmen?



kornorientierte Elektrobänder oder rostfreie kaltgewalzte Bleche. Für die Stahlindustrie sind Handelsschutzmaßnahmen ein dringend benötigtes Korrektiv, um auf die wachsenden handelspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. Sie fordert deshalb, dass die Europäische Kommission diese Instrumente noch konsequenter einsetzt und bestehende Spielräume besser nutzt. Aktuell zeigen sich bei einzelnen Verfahren, wie z. B. im Bereich rostfreier warmgewalzter Bleche, dass dies nach wie vor nicht geschieht.

Neue innovative Instrumente dringend erforderlich

Um auf die wachsenden Herausforderungen reagieren zu können, muss der handelspolitische Werkzeugkoffer innovativ erweitert werden. Auf Fragen, wie mehr Gegenseitigkeit (Reziprozität) bei der öffentlichen Beschaffung erreicht werden kann, wie Lücken beim Schutz vor marktverzerrenden Drittlandinvestitionen geschlossen werden können und wie allgemein der EU-Außenhandelspolitik mehr Biss verliehen werden kann, müssen schnell Antworten gefunden werden. Die Europäische Kommission hat sich diesen Problemen gestellt und eine Reihe von Rechtsakten auf den Weg gebracht. Diese befinden sich auf sehr unterschiedlichen Stufen der politischen Diskussion. Während das internationale Beschaffungsinstrument (IPI) bereits 2012 angestoßen wurde und nach wie vor innerhalb des Rates blockiert ist, befindet sich das Thema Drittlandsubventionen in dem sehr frühen Stadium eines Weißbuchs. Die WV Stahl setzt sich dafür ein, dass diese Initiativen schnell und konsequent umgesetzt werden.

Multilaterale Zusammenarbeit bleibt unverzichtbar

Gerade in der aktuell herausfordernden Zeit ist es wichtig, dass sich die europäischen Institutionen gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten intensiv dafür einsetzen, geeignete handelspolitische Rahmenbedingungen sicherzustellen. Vor allem mit Blick auf die Transformation in eine grüne Stahlproduktion braucht es eine multilaterale Welthandelsordnung, die klare Regeln vorgibt, aber auch konsequente Maßnahmen vorsieht, sollte es zu Verstößen kommen. Wichtig ist, dass es gelingt, die tiefe Krise der WTO zu überwinden, indem die Handlungsfähigkeit der Organisation sichergestellt und die dringend benötigte Reform der Institution weiter konsequent vorangetrieben werden.

Ansprechpartner:

Tobias Aldenhoff

☎ +49 211 6707-871

✉ tobias.aldenhoff@wvstahl.de



Klimaneutrale Stahlindustrie

Politische Rahmenbedingungen weiterhin unzureichend

Die Stahlindustrie in Deutschland kann durch eine CO₂-arme Stahlproduktion und nachhaltige Produkte einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Zudem setzt sie alles daran, bis 2050 klimaneutral zu sein. Wenn Stahl mit CO₂-armen Verfahren hergestellt wird, kann es gelingen, die industriellen Wertschöpfungsketten klimaneutral aufzustellen. Der damit einhergehende technologische Umbau ist jedoch mit gewaltigen Anstrengungen verbunden: Die im internationalen Wettbewerb stehende Branche muss

neben einem massiven Investitionsbedarf auch gleichzeitig die deutlich steigenden Herstellungskosten schultern. Daher müssen die Investitionen in CO₂-arme Technologien durch geeignete politische Rahmenbedingungen begleitet werden. Die Bundesregierung hat sich dies mit dem Handlungskonzept Stahl zum Ziel gesetzt. Die darin dargelegten Vorgaben müssen nun rasch umgesetzt werden, um die nötige Investitions- und Planungssicherheit für die Stahlunternehmen zu schaffen.



Investitionen in die Transformation unterstützen

Für die Umstellung auf CO₂-arme Verfahren sind bis 2030 Investitionen in Höhe von 10 Milliarden Euro erforderlich. Instrumente, mit denen die damit verbundenen Mehrkosten und Risiken ausgeglichen werden können, sind ein wichtiger Anreiz, um die wirtschaftliche Einführung und den Betrieb neuer Produktionsverfahren zu ermöglichen. Bereits heute müssen ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit die grüne Transformation der Stahlindustrie in der Breite Fahrt aufnehmen kann.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 und der Wasserstoffstrategie eine Reihe verschiedener Förderprogramme angekündigt. Diese müssen kombinierbar sein und zwischen den Ressorts koordiniert werden. Gleiches gilt für die Verbindung mit Fördermitteln der EU, beispielsweise des Innovationsfonds im Rahmen des EU-Emissionsrechtehandels. Von zentraler Bedeutung ist, dass der EU-Beihilferahmen eine vollumfängliche Förderung der Mehrkosten für den Wechsel hin zu CO₂-armen Verfahren erlaubt. Entsprechend sollten die Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen im Rahmen der anstehenden Überarbeitung ergänzt werden. Außerdem sollte sich die Bundesregierung intensiv einbringen, um Projekte im Rahmen von neuen Important Projects of Common European Interest (IPCEI) für Wasserstofftechnologien sowie einer CO₂-armen Industrieproduktion zu fördern.

Um die gegenüber den herkömmlichen Produktionsverfahren höheren Kosten CO₂-armer Verfahren auszugleichen, sind Differenzverträge, sogenannte „Carbon Contracts for Difference“ (CCfD), ein Schlüsselinstrument. Durch dieses kann die Einführung einer klimaneutralen Industrieproduktion aus Sicht der Stahlindustrie zielführend unterstützt werden. Daher ist es gut und wichtig, dass Differenzverträge eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl und der Nationalen Wasserstoffstrategie einnehmen sollen.

Darüber hinaus sollten Leitmärkte geschaffen werden, die Stahlanwender für den Einsatz von grünem Stahl belohnen, etwa durch staatliche Gutschriften der eingesparten Emissionen.

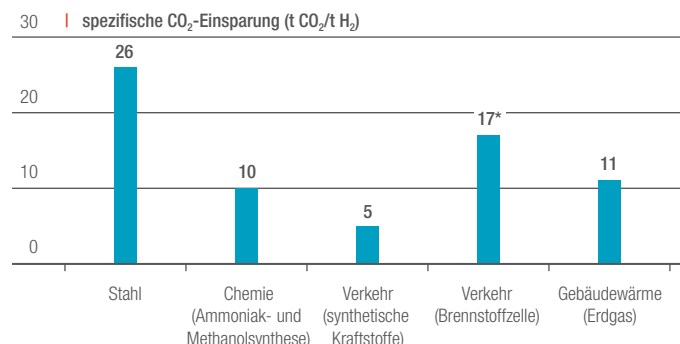
Wasserstoff in der Stahlindustrie mit größtem Klimaschutz-Effekt

Am 10. Juni 2020 hat die Bundesregierung die Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet. Eine klimaneutrale Stahlerzeugung in Deutschland benötigt mindestens 2 Millionen Tonnen klimaneutralen Wasserstoff pro Jahr. Aus Sicht der WV Stahl muss der auf absehbare Zeit knappe klimaneutrale Wasserstoff in der Aufbauphase von Erzeugung und Transportinfrastruktur durch geeignete regulatorische Rahmenbedingungen dort zum Einsatz kommen, wo es für eine umfassende CO₂-Minderung keine Alternativen gibt und er die größte Klimaschutz-Wirkung entfalten kann.

Im Vergleich zu anderen potenziellen Einsatzsektoren lassen sich in der Stahlindustrie je eingesetzter Einheit klimaneutralen Wasserstoffs die höchsten CO₂-Einsparungen erzielen. Solange grüner Wasserstoff knapp ist, gilt es, auch technologieoffen Übergangslösungen auf Basis von Erdgas, blauem und türkischem Wasserstoff zu ermöglichen.

CO₂-Reduktionspotenzial im Branchenvergleich

Wasserstoffhebel: Wie viele Tonnen CO₂ spart der Einsatz einer Tonne klimaneutralen Wasserstoffs ein?



* Mittelwert Potenziale heute und 2050

Quelle: Berechnungen der WV Stahl, unter Einbeziehung einer Stellungnahme des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT



Carbon Contracts for Differences

Das Konzept der CCfD sieht projektbezogene, zeitlich begrenzte Verträge zwischen Staat und Unternehmen vor, um die höheren Kosten CO₂-armer Verfahren gegenüber den herkömmlichen Produktionsverfahren staatlich auszugleichen. Aus Sicht der Stahlindustrie muss dies vollumfänglich geschehen. Im Gegenzug verpflichtet sich das Unternehmen zu einer entsprechenden Investition und in diesem Zusammenhang zu einer vertraglich festgesetzten Emissionsminderung.

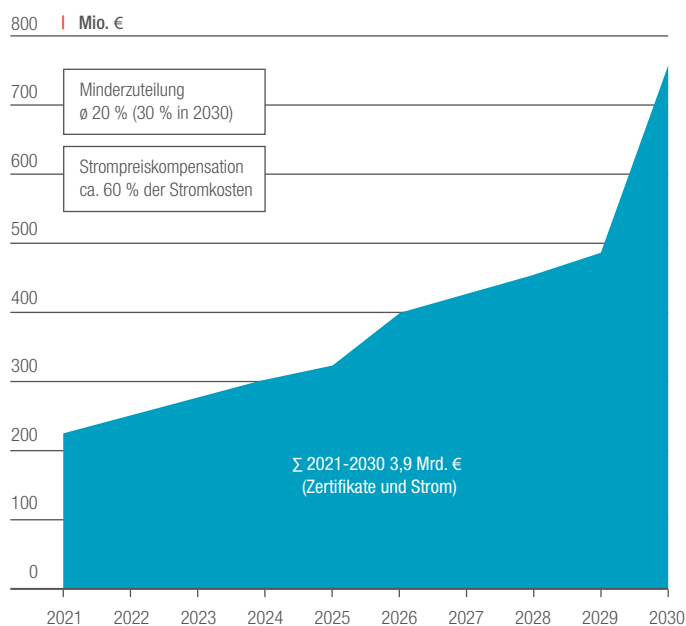
Klimaschutz-Investitionen setzen Schutz vor Carbon Leakage voraus

Um den Übergang in eine perspektivisch CO₂-neutrale Stahlindustrie zu schaffen, müssen die Spielräume für Investitionen erhalten und Carbon Leakage verhindert werden. Im EU-Emissionsrechtehandel wird die freie Zuteilung von Emissionszertifikaten an die Stahlindustrie in der kommenden Handelsperiode 2021 bis 2030 jedoch bis zu 20 Prozent unter den Emissionen und damit der benötigten Menge an Zertifikaten liegen. Durch den somit notwendigen Zukauf von Zertifikaten werden der im internationalen Wettbewerb stehenden Branche Mehrkosten aufgebürdet, die Stahlerzeuger in Ländern außerhalb der EU nicht haben.

Darüber hinaus führt der Emissionsrechtehandel zu erheblichen Strompreissteigerungen. Zwar können die EU-Mitgliedstaaten nach den am 21. September 2020 von der EU-Kommission beschlossenen Beihilfeleitlinien auch künftig diese Strommehrkosten kompensieren – dies jedoch nur unvollständig. Nun kommt es darauf an, dass bei der verbleibenden Konkretisierung der Beihilfeleitlinien und der nationalen Umsetzung der Strompreiskompensation alle Spielräume ausgeschöpft werden.

Mehrkosten durch ETS-bedingte Strompreissteigerungen und Zertifikatszukäufe

Verbleibende Mehrkosten der Stahlindustrie durch Zertifikate und höhere Stromkosten nach freier Zuteilung und Strompreiskompensation



Annahme zum Zertifikatspreis 20 €/t CO₂ (2021) bis 41 €/t CO₂ (2030)

Quelle: Berechnungen der WV Stahl auf Basis Eurofer/Ecofys sowie DEHST

Insgesamt werden die Kosten durch den Kauf von Zertifikaten und die CO₂-bedingten Strompreissteigerungen – trotz Kompensationsregelung – in dieser Dekade bei insgesamt 3,9 Milliarden Euro liegen. Im Rahmen der geplanten Anhebung des europäischen Klimaziels für 2030 darf es nicht zu einer weiteren Kürzung der freien Zuteilung kommen. Andernfalls würden sich die Kosten aus dem CO₂-Handel weiter massiv erhöhen und der Spielraum für Klimaschutz-Investitionen weiter beschnitten. Ein möglicher CO₂-Grenzausgleich sollte so ausgestaltet sein, dass er die freie Zuteilung von Emissionszertifikaten und Strompreiskompensation sinnvoll ergänzt, aber keinesfalls ersetzen darf.

Belastungsbegrenzungen erhalten und ausbauen

Für die Stahlindustrie in Deutschland sind international wettbewerbsfähige Strompreise eine entscheidende Voraussetzung, um im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Dies gilt umso mehr für die anstehende Transformation, da die Stromintensität der Stahlerzeugung hierdurch noch erheblich zunehmen wird.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die WV Stahl dafür ein, Belastungsbegrenzungen von energie- und klimapolitischen Umlagen und Abgaben aufrechtzuerhalten und erforderlichenfalls auszubauen, von der besonderen Ausgleichsregelung und Eigenstrombefreiung im EEG über den Strom- und Energiesteuer-Spitzenausgleich bis hin zur geplanten Kompensation der kohleausstiegsbedingten Strompreissteigerungen. Auch gilt es, Mehrkosten durch den im kommenden Jahr in Kraft tretenden nationalen Emissionsrechtehandel zu verhindern. Die CO₂-Emissionen der bereits dem EU-Emissionshandel unterliegenden Stahlindustrie dürfen nicht doppelt belastet werden.

Ein Ansatzpunkt, die Rahmenbedingungen für die energieintensiven Branchen zu verbessern, bietet sich gegenwärtig mit den Beratungen im Bundestag über eine Änderung des EEG. Aus Sicht der WV Stahl sollte die Novelle genutzt werden, um für den Klimaschutz kontraproduktive Regelungen zu beseitigen, die Voraussetzungen für die Transformation zu verbessern, bürokratischen Aufwand zu verringern und pandemiebedingte Probleme zu überbrücken.

Ansprechpartner:

Roderik Hömann

☎ +49 30 2325546-10

✉ roderik.hoemann@wvstahl.de



CO₂



Umweltpolitik und Nachhaltigkeit

Wechselwirkungen im Blick

Nachhaltiges Wirtschaften ist ein Kernanliegen der Stahlunternehmen in Deutschland. Dies erfordert eine nachhaltige Politik und Rahmenbedingungen nach einem entsprechend integrativen Ansatz. Zielkonflikte müssen möglichst aufgelöst oder zumindest gegeneinander abgewogen werden. Integrierend heißt aber auch, dass die Wettbewerbsfähigkeit und damit Profitabilität einer Branche oder der durch sie hergestellten Produkte nicht durch eine angestrebte Vorreiterrolle beim Umwelt- oder Klimaschutz aufs Spiel gesetzt werden darf.

Nachhaltige Finanzierung für Transformation und beste verfügbare Technik

Grundsätzlich sollten Fortschritte in einem Bereich die Entwicklung in einem anderen nicht behindern. Diesen „Do not significant harm“-Prinzip (DNSH) genannten Ansatz verfolgt auch die neue Verordnung zur Nachhaltigen Finanzierung (Verordnung (EU) 2020/852). Ziel der Politik ist es, eine Taxonomie ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten zu etablieren, um durch einheitliche Standards Nachhaltigkeitskriterien in Anlageentscheidungen zu integrieren. Entsprechend laufen auch Normungsarbeiten, um hier internationale Standards zu schaffen. Die WV Stahl wirkt an diesen Initiativen aktiv mit, schließlich ist die geplante Transformation der Stahlindustrie ein Paradebeispiel für die Finanzierung in nachhaltige Wirtschaftspraktiken. Zusätzlich müssen die bestehenden Anlagen und Standorte auch während der Transformationsphase kontinuierlich weiterentwickelt und an den Stand der Technik angepasst werden.



Alles hängt miteinander zusammen

Umweltpolitik und umweltrechtliche Regelungen sind hoch komplex und zeichnen sich durch vielfältige Wechselwirkungen aus. Umweltpolitische Initiativen und rechtliche Maßnahmen haben daher immer Folgewirkungen, die auch gravierende Einflüsse auf Wirtschaftlichkeit, Geschäftsmodelle, Märkte und Wettbewerbsfähigkeit haben können. Zu berücksichtigen sind dabei sowohl technische als auch rechtliche Folgen.

Zunehmende Bedeutung bekommt im Umweltbereich die Frage der Bewertung von Umweltleistungen von Produkten und Unternehmen. Beim Thema „Green Claim“ geht es darum, wie dies möglichst einheitlich und eindeutig geschehen kann. Hier kommt es darauf an, ein System zu entwickeln, das auf bekannten und bewährten Methoden aufsetzt und die notwendige nationale bis internationale Anerkennung aller beteiligten Stakeholder erreichen kann, ohne die Industrie mit zusätzlichen, bürokratischen Hürden zu belasten.

Green Deal und Aktionsplan Kreislaufwirtschaft folgen einem integrierenden Ansatz

Mit dem Green Deal, der Industriestrategie und dem Circular Economy Aktionsplan verfolgt nun auch die Europäische Kommission (KOM) einen ganzheitlichen Ansatz, den es zu begleiten und immer wieder einzufordern gilt. Wichtig ist, dass die hohe Bedeutung der Circular Economy im Rahmen der Klimapolitik auch entsprechend berücksichtigt wird. Dazu ist es notwendig, dass:

- › der gesamte Lebenszyklus von Produkten und den darin verwendeten Werkstoffen ökobilanziell berücksichtigt wird,
- › Multi-Recycling, Lebenszyklusanalyse und 4R-Konzept etabliert sowie Ökodesignvorgaben angepasst werden,
- › Ökobilanzen in die Produktentwicklung integriert werden,
- › Ökodesignvorgaben nicht auf energieverbrauchsrelevante Produkte beschränkt, sondern auf andere Produktbereiche erweitert werden,
- › die öffentliche Beschaffung nachhaltiger wird; langlebige, reparierbare und recycelte oder recycelfähige Produkte bzw. Materialien bei der Vergabe bevorzugt werden,
- › mineralische Ersatzbaustoffe im Bauwesen favorisiert werden sowie Rechtssicherheit und einheitliche Vorgaben für ihre Verwendung im Sinne von Circular Economy geschaffen werden,
- › Produktkennzeichnungen eingeführt werden, die Aussagen über die Umweltverträglichkeit inklusive Recycling liefern und
- › Forschung und Entwicklung unterstützt und eine – nachhaltige – Finanzierung sichergestellt werden.

Stahl ist Enabler für Kreislaufwirtschaft und Umweltschutz

Ressourceneffizienz wird als wesentlicher Teil einer umfassenden Nachhaltigkeitspolitik gesehen. Wird Stahl flexibel eingesetzt, wobei die verwendeten Stahlsorten höchste Anforderungen an z. B. Festigkeit, Biegsamkeit, Temperatur- oder

Korrosionsbeständigkeit erfüllen, so ermöglicht dies Effizienz sowie maximalen Klima- und Ressourcenschutz. Bei Schäden oder Verschleiß können Bauteile ausgetauscht oder repariert, gebrauchte Stahlprodukte demontiert und erneut eingesetzt werden. All dies sind Beiträge zu Klimaschutz, Circular Economy und vor allem zur Ressourcenschonung. Die Stahlwerke in Deutschland zählen weltweit zu den effizientesten und umweltverträglichsten. Im internationalen Vergleich resultieren hieraus z. B. erhebliche Ressourcen- und Umweltvorteile. Der Fußabdruck ist damit im internationalen Vergleich deutlich geringer.

Am Ende einer Produktnutzung wird der Wertstoff Stahl gesammelt und recycelt. Dies spart erneut Ressourcen, Energie und damit erhebliche CO₂-Emissionen – und das möglichst in Europa. Nebenprodukte ersetzen Rohstoffe in der Chemie-, NE-Metall- und Zementindustrie oder werden als Bau- oder Farbstoffe eingesetzt. Insgesamt sollten sekundäre Rohstoffe und Abfälle möglichst in der EU behandelt und genutzt werden. Dies darf aber bei der Revision der Abfallverbringungsverordnung nicht zu einem generellen Exportverbot führen.

Klare Vorgaben für Anlagengenehmigung und -betrieb sowie bei der Bewertung von Stoffen sind unerlässlich

Die Luftreinhaltung stellt berechtigterweise hohe Anforderungen an die Genehmigung und den Betrieb von Anlagen. Um Mensch und Umwelt vor schädlichen Einwirkungen zu schützen, kommen die besten verfügbaren Techniken zur Anwendung, die wirtschaftlich und technisch vertretbar am wirksamsten zur Erreichung eines allgemein hohen Schutzniveaus sind. Das Bundesimmissionsschutzgesetz und untergeordnete Verordnungen und Verwaltungsvorschriften bündeln dieses Konzept mit konkreten und ambitionierten Anforderungen.

Die technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) setzt dieses in Deutschland um. In die laufende Revision bringt die WV Stahl sich ein. Die Industrieemissions-Richtlinie (IED) ist EU-weit die Grundlage für die Genehmigung, den Betrieb, die Überwachung sowie die Stilllegung bestimmter Industrieanlagen, so auch für den überwiegenden Teil der Stahlindustrie. Sie verfolgt das Ziel, ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen, und wird derzeit überprüft und, falls nötig, nachjustiert. Wesentlicher Bestandteil des IED-Konzepts sind die Merkblätter über die Besten Verfügbaren Techniken (BVT-Merkblätter). Weiterentwickelt wird derzeit das BVT-Merkblatt zur Stahlverarbeitung unter Beteiligung der WV Stahl.

Auch gibt es Vorgaben für die nationalen Emissionen in die Luft und deren Umweltauswirkungen. Die NEC-Richtlinie (National Emission Ceilings) sieht für die EU-Staaten bis 2030 zeitlich abgestufte Emissionsminderungspflichten vor. Mit der 43. Bundesimmissionsschutzverordnung (BlmSchV) wurden diese verbindlich in deutsches Recht umgesetzt. Die EU-Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen wird in der 13. BlmSchV, die EU-Richtlinie

zur Emissionsbegrenzung mittelgroßer Feuerungsanlagen mit der 44. BImSchV umgesetzt. Doch damit nicht genug: Durch den europäischen Green Deal sollen die Luftreinhaltestrategie weiterentwickelt und der ganzheitliche Ansatz bei der Luftreinhaltung verstärkt werden. Dafür steht die europäische Ambition eines „Null-Schadstoff-Ziels für eine schadstofffreie Umwelt“.

Die europäische Chemikalienpolitik soll sicherstellen, dass durch die auf den Markt gebrachten Stoffe, mit denen Mensch und Umwelt in Berührung kommen, keine Gefährdung von Umwelt und Gesundheit und kein Risiko für Arbeitnehmer entstehen können. Sie besteht aus zwei wesentlichen Elementen, der REACH¹ und der CLP-Verordnung².

Unter dem Schlagwort „Ohne Daten kein Markt“ dürfen im Rahmen der REACH-Umsetzung keine Stoffe mehr auf den Markt gebracht werden, bevor sie bei der Europäischen Chemikalienagentur in Helsinki registriert wurden. Die REACH-Verordnung wird regelmäßig durch die EU-Kommission auf ihre Wirksamkeit überprüft. Es bestehen Wechselwirkungen

zwischen REACH, Produkt- und Abfallrecht sowie zu Stoffeinstufungen. Handlungsbedarf besteht derzeit vor allem an dieser Schnittstelle sowie hinsichtlich Importen nicht REACH-kompatibler Produkte. Die Stahlindustrie steht hinter einer sinnvollen Bewertung von Stoffen, dabei muss jedoch das tatsächliche Risiko im Mittelpunkt stehen.

Weiterführende Informationen

- Broschüre „Circular Economy mit Stahl – Beitrag zum Klimaschutz in Europa“
- Stellungnahmen, Kommentierungen und Bewertungen zu den aufgeführten Themen

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Ansprechpartner:

Gerhard Endemann

☎ + 49 211 6707-456

✉ gerhard.endemann@wvstahl.de

¹ Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals

² Classification and Labelling of Products



Förderprogramme Bessere Vernetzung erforderlich

Auf dem Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft 2050 kommt der Stahlindustrie eine Schlüsselrolle zu. Da ein gewichtiger Teil der industriellen CO₂-Emissionen bei der Stahlerzeugung über die Hochofen-Konverter-Route entsteht, ließe sich durch den Einsatz klimafreundlicher Technologien eine enorme Klimaschutz-Wirkung erzielen. Hierzu sind verschiedene Möglichkeiten, von der direkten Vermeidung von CO₂ im Produktionsprozess (Carbon Direct Avoidance CDA) bis hin zur chemischen Weiterverarbeitung des anfallenden CO₂ (Carbon Capture and Usage CCU), bekannt und verfügbar. Sie müssen jetzt schnell in Demonstrations- und Pilotverfahren auf ihre industrielle Umsetzbarkeit erforscht werden. Weitere Potenziale für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz bietet zudem eine noch stärkere Ausrichtung zur Kreislaufwirtschaft.

Die Umstellung auf grüne Produktionsverfahren ist für die Stahlunternehmen mit massiven Investitionen verbunden. Für die Standorte in Deutschland belaufen sich diese bis 2050 auf rund 30 Milliarden Euro. Hinzu kommen deutlich höhere Betriebskosten für klimafreundliche Verfahren. Daher benötigt die Transformation eine vollumfängliche Förderung der Investitionskosten und der Betriebsmehrkosten bei großtechnischer Umsetzung. Von staatlicher Seite bestehen hierfür europäische und nationale Förderprogramme oder befinden sich im Aufbau, für die sich Stahlunternehmen bewerben können.

Dazu zählen der Innovationsfonds im Rahmen des EU-Emissionsrechtehandels (ETS) und das 9. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“, das für die Stahlindustrie einen Schwerpunkt mit der beworbenen Partnerschaft „Clean Steel“ hat, sowie Important Projects of Common European Interest (IPCEI). Für die Stahlindustrie in Deutschland sind die Fördermöglichkeiten ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität. Damit die

Transformation tatsächlich gelingt, müssen die staatlichen Fördervolumina jedoch deutlich aufgestockt werden. Nicht nur die Kapitalkosten für die Umstellung, sondern auch die dann anfallenden zusätzlichen Betriebskosten im Vergleich zu herkömmlicher Stahlproduktion sind zu tragen. Die WV Stahl setzt sich auch dafür ein, dass die Förderprogramme besser miteinander vernetzt werden.

Wichtig ist zudem, dass Stahlunternehmen in Deutschland im ETS-Innovationsfonds, mit dem die Implementierung und Demonstration einer CO₂-armen Stahlproduktion unterstützt werden soll, Fördermittel beantragen und erhalten können. Dazu zählt, dass Unternehmen bei Nutzen dieses Programms zusätzliche Finanzmittel anderer Förderprogramme („Sequencing“) erhalten können. Beim 9. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation und der Erreichung der Partnerschaft „Clean Steel“ sollte Deutschland mindestens im Verhältnis seines Anteils an der EU-Stahlproduktion beteiligt werden.

IPCEI sind Projekte von strategischem Interesse mit Finanzierung durch Mitgliedstaaten. Neben dem bestehenden IPCEI zu Wasserstoff bedarf es dazu auch eines IPCEIs für „Low Carbon Industries“ zur Stärkung der Wertschöpfungskette mit Stahl. Wichtig ist hier die rechtliche Klarstellung, so dass nicht nur Forschung förderfähig wird, sondern auch die Markteinführung im industriellen Maßstab.

Ansprechpartner:

Henning W. Reichenbacher

☎ +49 30 2325546-30

✉ henning.reichenbacher@wvstahl.de

Verlustabzug

Besteuerung derzeit nicht leistungsgerecht

Das Leistungsfähigkeitsprinzip stellt ein Grundprinzip der Besteuerung dar. Nach diesem Grundsatz soll die Steuerbelastung des Steuerschuldners von seiner individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängen. Sie bestimmt, in welcher Höhe der Steuerschuldner in der Lage sein soll, die Steuer als staatliche Zwangsabgabe tragen zu können. Diese verfassungsrechtlich gebotene leistungsgerechte Besteuerung wird hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nicht hinreichend berücksichtigt.

Regelungen derzeit nicht leistungsgerecht

Den Unternehmen der Stahlindustrie in Deutschland sind coronabedingt umfangreiche Verluste entstanden, welche jedoch aufgrund der bestehenden Regelungen zum Verlustabzug des § 10d EStG (Einkommensteuergesetz) nicht leistungsgerecht genutzt werden können. Gemeinsam mit dem BDI setzt sich die WV Stahl deshalb für eine entsprechende Anpassung ein. Gegenwärtig wird aufgrund der zeitlichen und betragsmäßigen Begrenzung des Verlustrücktrags einer leistungsgerechten Besteuerung in Krisenjahren nicht entsprochen. Dies betrifft insbesondere Großunternehmen, wie sie in der Stahlindustrie zu finden sind. Der zulässige Rücktrag für Unternehmen in Höhe von maximal 5 Millionen Euro ist nicht leistungsgerecht. Dies gilt insbesondere für die Stahlindustrie, die 2019 kaum Gewinne verzeichnete, in die ein Rücktrag möglich wäre. Im Gegensatz zur deutschen Regelung lassen andere Länder einen unbegrenzten Verlustrücktrag bis zu fünf Jahren zu.

Nicht leistungsgerecht in Krisenzeiten ist auch die Aufrechterhaltung des eingeschränkten Verlustabzugs durch die Mindestbesteuerung im Rahmen des Verlustvortrags des § 10d EStG. Die Mindestbesteuerung hat zur Folge, dass ein

Teil der Einkünfte nicht durch einen Verlustvortrag ausgeglichen werden darf. Durch diese reduzierte Verlustnutzung aus Krisenjahren entspricht die Steuerbelastung in den folgenden Jahren nicht der tatsächlichen wirtschaftlichen Unternehmenssituation. Indem die Anrechnung sämtlicher Verluste den Unternehmen versagt wird und sie zudem zur Versteuerung von 40 Prozent der Einkünfte verpflichtet sind, wird eine Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip unterbunden.

Leistungsfähige Besteuerung für Stahlindustrie unerlässlich

Durch die genannten Regelungen wird der Stahlindustrie ein leistungsgerechter Verlustabzug infolge der Corona-Pandemie verweigert. Die Anwendung des Leistungsfähigkeitsprinzips in der aktuellen schwierigen Lage würde sich in einer Aussetzung dieser Mindestbesteuerung für die Krisenjahre und für den wirtschaftlichen Neustart nach dem Ende der Pandemie sowie der Gewährung eines deutlich höheren und weiteren Verlustrücktrags widerspiegeln und so seiner verfassungsrechtlichen Gebotenheit entsprechen. Die WV Stahl wird sich auch weiterhin für eine leistungsgerechte Besteuerung einsetzen.

Ansprechpartnerin:

Jennifer Jünke

☎ +49 30 2325546-20

✉ jennifer.juenke@wvstahl.de

Stärkung der Schiene

Erste Erfolge bei Güterbahnen

Die Stahlindustrie in Deutschland setzt konsequent auf klimafreundliche Verkehrsträger. 2018 wurden 52 Prozent der Transportmengen per Bahn befördert, daher ist die Stahlindustrie zwingend auf einen effizienten und zuverlässigen Schienengüterverkehr angewiesen. Erfreulicherweise hat die Politik sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, den Marktanteil der Güterbahnen bis 2030 von 19 Prozent auf 25 Prozent zu erhöhen und ist bereit, die hierfür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Vor allem müssen der technische Modernisierungstau auf der Schiene aufgelöst, die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors verbessert und die Infrastruktur saniert und ausgebaut werden. Ohne einen substanziellen finanziellen Flankenschutz von öffentlicher Seite sind diese Ziele aber nicht zu erreichen.

Mit Digitalisierung raus aus dem Modernisierungstau

Im Vordergrund der technischen Modernisierung stehen Digitalisierung und Automatisierung. Als Schlüsselinnovation muss die altertümliche Schraubenkupplung europaweit durch die Digitale Automatische Kupplung (DAK) ersetzt werden. Die WV Stahl und ihre Mitglieder setzen sich seit Langem hierfür ein und begrüßen als ersten wesentlichen Schritt, dass die EU-Verkehrsminister im Juni 2020 ein Bekenntnis zur Einführung der DAK abgegeben haben. Entscheidend ist nun, die Umrüstung der Güterwagen in die Praxis umzusetzen. Wichtig ist zudem ein neu aufgelegtes Förderprogramm für technische Innovationen, das derzeit allerdings unzureichend ausgestattet ist. Hier müssen die Haushaltsansätze für mehrjährige Projekte deutlich erhöht werden.

Förderprogramme zur Stärkung des Schienengüterverkehrs

Ein vorrangiges Anliegen der Stahlindustrie in Deutschland ist ferner die Stärkung des Einzelwagenverkehrs, der durch Nutzung von Rangierbahnhöfen auch den Versand einzelner Güterwagen ermöglicht. Dieses für die Branche wichtige

Segment befindet sich seit Jahrzehnten europaweit auf dem Rückzug und muss dauerhaft gesichert werden. Mit der Einrichtung eines Förderprogramms für Anlagenpreise geht der Bund einen wichtigen ersten Schritt. Um die Güterbahnen insgesamt zu stärken, läuft zudem seit einem Jahr ein Förderprogramm, das die vergleichsweise hohen Kosten für die Nutzung der Verkehrswege um über die Hälfte reduziert. Um die Güterbahnen bei den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu unterstützen, regt die WV Stahl an, die Förderung vorübergehend deutlich aufzustocken.

Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung erhöht der Bund die Investitionen in die Schienenwege deutlich. Die überalterte Infrastruktur wird schrittweise modernisiert, auch sind nun mehr finanzielle Mittel vorhanden, um Schienenstrecken neu oder auszubauen. Ein großes Hindernis bleiben allerdings die Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland, die gerade im Schienengüterverkehr selbst für Bauvorhaben von europäischem Rang oft mehrere Jahrzehnte benötigen und wesentlich beschleunigt werden müssen. Vor allem die umweltrechtlichen Prüfungen verlaufen in Deutschland ineffizient, hier müssen nationale wie europäische Vorschriften angepasst werden.

Weiterführende Informationen

- Broschüre „Verkehrsinfrastruktur – Nachhaltiger Brückenbau mit Stahl“

Diese und weitere Informationen unter www.stahl-online.de

Ansprechpartner:

Achim Beerheide

☎ +49 211 6707-876

✉ achim.beerheide@wvstahl.de



Fachkräfte

Wichtiger Pfeiler der Transformation

Die Stahlindustrie in Europa befindet sich in einem tiefgreifenden technologischen Umbruch. Der digitale Wandel sorgt bereits heute für erhebliche Veränderungen in den Produktionsprozessen. Anpassungen an neue Arbeitspraktiken und -muster sind die Folge. Auch die zum Erreichen der Klimaschutz-Ziele notwendige Transformation in Richtung klimaneutraler Stahlerzeugung wird in der Arbeitswelt weitere Veränderungen anstoßen.

Durch die sich deutlich ändernden Rahmenbedingungen ist eine hohe Qualifikation der Fachkräfte notwendiger denn je. Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter spielen für die Stahlindustrie in Deutschland zwar seit jeher eine wichtige Rolle, es bedarf nun jedoch zusätzlich sowohl spezialisierter als auch vielseitig ausgebildeter Arbeitskräfte. Qualifikation und Fachkompetenz sind Schlüsselfaktoren, damit die europäische Stahlindustrie ihre technologische Spitzenposition behaupten kann. Einer dieser Lösungswege führt über die Bildungspolitik.

Hoch qualifizierte Mitarbeiter sichern die Zukunft der Stahlindustrie

Die nationale und ebenso die europäische Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sind von zentraler Bedeutung. Geeignete politische Rahmenbedingungen tragen wesentlich zu einer demografiefesten Fachkräftesicherung bei. Die beschäftigungsintensive Stahlindustrie ist in besonderem Maße auf ein ausreichend hohes Arbeitskräfteangebot mit unterschiedlichsten Qualifikationen angewiesen. Entsprechend müssen die bildungspolitischen Rahmenbedingungen gestaltet werden. Dies beginnt mit der Digitalisierung der Schulen, der Förderung der MINT-Fächer, geht weiter über die Neuordnung von Ausbildungsberufen und qualifikationsorientierten Weiterbildungsmöglichkeiten bis hin zu bedarfsgerechten Angeboten von metallurgischen und werkstoffbezogenen Studiengängen.

Ein weiterer wichtiger Ansatz zur Fachkräftesicherung besteht in der innerbetrieblichen Weiterbildung. Diese hat in der Stahlindustrie schon seit jeher einen hohen Stellenwert, wird heute intensiv praktiziert und sichert damit die Zukunft der Branche. Die Weiterbildung beginnt weit vor dem eigentlichen Berufs-

leben mit der frühkindlichen Förderung, führt über die Schulbildung und reicht bis zur Verbesserung der Bildungsqualität in allen Altersgruppen. Mit dem Beginn der Berufsausbildung übernimmt die Stahlindustrie Verantwortung. Hierzu zählen insbesondere die berufliche Ausbildung sowie die berufsbegleitende Weiterbildung. Ebenso sind duale Ausbildungen und duale Studiengänge in der Stahlindustrie etabliert – mit großem Erfolg.

Europäische Agenda für die Fort- und Weiterbildung

Auf europäischer Ebene engagiert sich die Stahlindustrie unter Beteiligung der WV Stahl im Rahmen der „European Steel Skills Agenda (ESSA)“, die formal in das europäische Bildungsprogramm ERASMUS+ eingebunden ist, für ein Konzept, das die branchenspezifischen Qualifikationsprofile in den Mittelpunkt stellt. Bis zum Jahr 2022 soll die bereits in Entwicklung befindliche Agenda einen strukturierten Überblick zum künftigen Qualifikationsbedarf aufzeigen. Auf Basis dieser sich ändernden Anforderungen müssen alle notwendigen Maßnahmen definiert werden, um den Aus- und Weiterbildungsrahmen adäquat anzupassen. Dies betrifft beispielsweise Schulungen und Lehrpläne einschließlich neuer Wege für die kurzfristige Umsetzung in Unternehmen und Bildungseinrichtungen sowie sektorale Weiterbildungsmaßnahmen und effizientes Wissensmanagement.

Das Thema Fachkräftesicherung verliert auch in Zeiten von Kurzarbeit, bedingt durch die Folgen der Corona-Pandemie, nicht an Bedeutung. Das Gegenteil ist der Fall: Die Situation im Bereich der Fachkräfte in der Stahlindustrie hat sich verstärkt. Die Betriebe bieten eine Vielzahl an Karriereperspektiven sowohl für Fachkräfte als auch für Auszubildende an. Die heutigen Azubis sind die Fachkräfte von morgen.

Ansprechpartner:

Arnd Finke

☎ +49 211 6707-860

✉ arnd.finke@wvstahl.de



Rund 700 Zuhörer verfolgten spannende Architektur-Vorträge in der Düsseldorfer Rheinterrasse

Internationaler Architektur-Kongress

Neues Bauen mit Stahl maßgebend

Nach neun erfolgreichen Veranstaltungen in Essen fand am 15. Januar 2020 der Internationale Architektur-Kongress „Neues Bauen mit Stahl“ in Düsseldorf statt. Zur gelungenen Premiere in der Rheinterrasse waren rund 700 Teilnehmer zu Gast. Neu war nicht nur der Veranstaltungsort, sondern auch die begleitende Fachaussstellung „Stahl und Architektur“ mit 27 Unternehmen.

„Stahl hat in der Architektur in Nordrhein-Westfalen lange Tradition“, begrüßte die NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach die Teilnehmer und hob die ökologischen Vorteile des Baustoffs wie die Wiederverwertung und das Recycling hervor. Die Botschaft lautete: Stahl überzeugt nicht nur durch große Spannweiten und kurze Bauzeiten, sondern auch durch eine auf Nachhaltigkeit angelegte Kreislaufführung. Dem stimmte auch Dr. Martin Theuringer, Geschäftsführer des Gastgebers WV Stahl, zu und ergänzte: „Die Stahlindustrie in Deutschland wird zum Ziel der weitgehenden Klimaneutralität bis 2050 bei entsprechender politischer Flankierung einen entscheidenden

Beitrag leisten.“ Zentrale Bausteine hierfür sind der immer effizientere Einsatz von Energie und Ressourcen, nachhaltig produzierte Bauprodukte, eine effektive Kreislaufwirtschaft sowie die Transformation der Stahlproduktion hin zu CO₂-armen Verfahren.

Baukultur durch Stahl geprägt

Unter dem Leitthema „Maßstab ist der Mensch“ präsentierten renommierte, international agierende Architekten und Ingenieure außergewöhnliche Architektur mit Stahl für eine urbane Baukultur, die den Menschen in den Mittelpunkt der architektonischen Planung setzt. Die Rolle des Baustoffs Stahl und seine besonderen Eigenschaften im Hinblick auf Ökologie, Ökonomie und Design standen stets im Mittelpunkt der Vorträge.

Filigrane Stahlstützen, transparente Industriegebäude, bioklimatische Fassaden und das alles in 3D geplant, zeigten,



NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach begrüßte die Teilnehmer in Düsseldorf



Talkrunde u. a. mit Dr. Martin Theuringer, Geschäftsführer der WV Stahl (r.)



Graham Stirk vom renommierten Londoner Büro Rogers Stirk Harbour + Partners



In der Fachausstellung zeigten Unternehmen der Branche Produkte aus Stahl

was mit Stahl möglich ist. Bauingenieur Martin Grassl appellierte an die anwesenden Architekten, sich auch im Brückenbau stärker zu engagieren: „Der Einfluss der Architekten ist immens groß und erhält in Deutschland ein wertvolles Stück Baukultur.“ Der niederländische Architekt Lars Courage schlug die Brücke zu den anwesenden Studierenden: „Wenn man mit Stahl baut, muss man sich ständig neu erfinden. Die befürchtete Routine bleibt aus.“ Und er steckte die Teilnehmer mit seiner Begeisterung für das Bauen mit Stahl an: „Stahl ist und bleibt das nachhaltigste Material für das Bauen.“

Internationales Flair brachten die Architekten Heiko Krech von Barkow Leibinger aus Berlin/New York, Thomas Schinko von Vasconi Architectes aus Paris, Laurence Dudeney von Heatherwick Studio aus London, Graham Stirk von Rogers Stirk Harbour aus London und Diederik Dam von Dam & Partners aus Amsterdam auf die Bühne. Sie zeigten prämierte Projekte wie die Trumpf Smart Factory in Chicago und „The Vessel“ in New York. Andrew Kiel von Sauerbruch Hutton aus Berlin begreift öffentliche Bauten gelegentlich auch als begehbare Skulpturen, so wie die „experimenta“, 2019 zur Bundesgartenschau in Heilbronn eröffnet.

Einer der bedeutendsten Architektur-Events in Europa

Seit 2002 veranstaltet die WV Stahl im zweijährigen Rhythmus den Internationalen Architektur-Kongress in enger Kooperation mit der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und dem Industrieverband Feuerverzinken. Erstmals waren in diesem Jahr die Fachverbände bauforumstahl und IFBS als weitere Partner beteiligt. In der begleitenden Fachausstellung „Stahl und Architektur“ zeigten Unternehmen und Organisationen Produkte und Dienstleistungen rund um das Bauen mit Stahl.

Mit der seit 18 Jahren stets hohen Teilnehmerzahl, internationalen Top-Referenten sowie aktuellen, für die Stahlindustrie wichtigen Themen wie energieeffizientem Bauen, Circular Economy und Verkehrsinfrastruktur ist der Kongress eine der angesehensten Architektur-Veranstaltungen in Europa und eine wirkungsvolle Bühne für die Präsentation des Baustoffs Stahl.

Weiterführende Informationen

- › Highlights und Statements der Referenten unter www.architektur-kongress.de
-

Ansprechpartner:

Hans Allkämper

☎ +49 211 6707-844

✉ hans.allkaemper@wvstahl.de



On- und Offline Sichtbar bleiben auf allen Kanälen

Aus Sicht der Kommunikation begann das Jahr 2020 mit einem Highlight: Der Internationale Architektur-Kongress „Neues Bauen mit Stahl“ mit rund 700 Teilnehmern versammelte im Januar zum zehnten Mal zahlreiche internationale Top-Architekten in Düsseldorf (S. 28). Dass diese Veranstaltung in diesem Jahr die einzige der WV Stahl bleiben sollte, wurde mit dem Lockdown im März traurige Gewissheit. So konnte die politische Kernveranstaltung, der Berliner Stahl-dialog, ebenso wenig stattfinden, wie das für die zweite Jahreshälfte geplante Praxis-Seminar zum Thema „Dach- und Fassadenelemente aus Stahl“ in Duisburg. Auch die aktive Teilnahme an Parteitagen sollte bis zum Ende des Jahres nicht mehr möglich werden.

Eine gute Basis für die digitale Kommunikation sind die bereits etablierten Social-Media-Kanäle. Mittlerweile informieren sich rund 30.000 Nutzer über Facebook sowie Twitter über die Stahlindustrie in Deutschland und den Werkstoff Stahl. Seit dem frühen Herbst hat die WV Stahl das Angebot im Internet um eine Präsenz im Business-Netzwerk linked.in erweitert. Zudem steht ein Relaunch von stahl-online.de an. Die neue Website wird sich durch eine neue Architektur, die dem politischen Kernauftrag des Verbands Rechnung trägt, sowie einem modernen Design für die Wiedergabe auf verschiedenen Endgeräten auszeichnen.

Digitalen Instrumentenkasten erweitert

Für die auf politische Kernthemen fokussierte Kommunikation der WV Stahl brachte die Pandemie ebenfalls Herausforderungen mit sich. So fanden Gespräche mit politischen Entscheidern sowie Pressekonferenzen fortan vermehrt digital statt. Aus kommunikativer Sicht stellte sich bald die zentrale Frage, wie man mit den zahlreichen Themen und Anliegen der Stahlindustrie in Deutschland unter den neuen Rahmenbedingungen sichtbar bleiben könne.

Um politische Entscheidungsträger weiterhin umfassend über aktuelle Themen der Branche zu informieren, bringt die WV Stahl auf nationaler wie auch auf EU-Ebene seit dem Frühjahr regelmäßig Newsletter auf den Weg. Der „Stahl-Newsletter“ sowie der „Europa-Newsletter“ zählen zusammen mittlerweile rund 500 Abonnenten.





Online-Kampagne #nichtköntemuss begleitet Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl

Inhaltlich standen zahlreiche Themen des Verbands im Fokus der Kommunikation. Neben der Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft u. a. mit einem Politik-Kompass, der die Anliegen der Branche kompakt zusammenfasst, wurden die Chancen und Herausforderungen einer Circular Economy mit Stahl in verschiedenen Formaten, darunter eine Publikation sowie ein Erklärfilm, mit dem bisher mehr als 200.000 Nutzer erreicht werden konnten, anschaulich aufbereitet.

Ein Hauptanliegen der Stahlindustrie in Deutschland für den Zeitraum bis zur kommenden Bundestagswahl im Herbst 2021 ist die Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl, welches Mitte Juli durch die Bundesregierung verabschiedet wurde (S. 6).



Hier setzt die neue Online-Kampagne #nichtköntemuss der WV Stahl und ihrer Mitgliedsunternehmen an. Im Mittelpunkt der kommunikativen Aktivitäten stehen die Handlungsfelder des Konzepts. Ziel ist es, mit verschiedenen Formaten die Dringlichkeit und Notwendigkeit, über Absichtserklärungen hinauszugehen, auf den Punkt zu bringen. Die Kampagne ist ein Appell an Entscheidungsträger, jetzt die nächsten Schritte zu gehen und den notwendigen Umbau der Branche entscheidend voranzubringen. Die Stahlindustrie in Deutschland zeigt ihre Vision auf, wie der Alltag 2030 nicht nur aussehen könnte, sondern MUSS.

Was 2021 wichtig wird

Auch im kommenden Jahr wird die kommunikative Begleitung der Umsetzung des Handlungskonzepts Stahl weiter zentrale Aufgabe des Verbands bleiben. Mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2021 gilt es, die derzeit gute Sichtbarkeit für die Anliegen der Stahlindustrie in Deutschland aufrecht zu erhalten. Es bleibt zu hoffen, dass dazu auch wieder Veranstaltungen, insbesondere der jährlich stattfindende Berliner Stahldialog, einen Beitrag leisten können.

Ansprechpartner:

Marvin Bender

☎ +49 30 2325546-50

✉ marvin.bender@wvstahl.de

Publikationen

2020

Diese
und weitere
Publikationen
finden Sie unter:
stahl-online.de



Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland

Die Stahlindustrie in Deutschland steht vor zahlreichen Herausforderungen. Sie wird durch die Folgen der Corona-Pandemie im Jahr 2020 zusätzlich herausgefordert. Die vorliegende Veröffentlichung enthält zahlreiche Daten und Fakten über die Stahlindustrie aus dem Jahr 2019 und geht auch auf das im Juli 2020 beschlossene Handlungskonzept Stahl ein.



POLITIK-KOMPASS EU-Ratspräsidentschaft Deutschland 2020 Gemeinsam für einen starken Industriestandort Europa Positionen der Stahlindustrie in Deutschland

Am 1. Juli 2020 begann die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands – eine historische Chance, die Weichen für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Industriestandort Europa zu stellen. Die Publikation soll eine industriepolitische Orientierung bieten, in der Handlungsempfehlungen der Stahlindustrie zusammengefasst sind.



Circular Economy mit Stahl Beitrag zum Klimaschutz in Europa

Stahl ist schon seit Langem der am häufigsten verwendete und recycelte industrielle Werkstoff. Es gibt bereits etablierte und funktionierende Rücklaufsysteme und innovative (Stahlschrott-)Aufbereiter. Der Werkstoff ist Vormaterial in zahlreichen Wertschöpfungsketten, die wertvolle Beiträge zum Klima- und Ressourcenschutz leisten. Stahl ermöglicht es, weitere Stoffkreisläufe zu schließen (z. B. Glasrecycling).



Verkehrsinfrastruktur Nachhaltiger Brückenbau mit Stahl

Um die Infrastruktur zu sanieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Gewerbe zu sichern, eignen sich innovative Lösungen mit vorgefertigten und schnell zu montierenden Brücken aus Stahl. Die Veröffentlichung analysiert den Zustand von Brückenbauwerken in Deutschland und zeigt anhand ausgeführter Projekte die Vorteile des Einsatzes von Stahl als besonders nachhaltigem Baustoff auf.

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Stimme für die Stahlindustrie in Deutschland

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 86.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Zentrales Anliegen der Organisation ist es, die politischen Rahmenbedingungen für die Zukunft so mitzugestalten, dass am Standort Deutschland Stahl nachhaltig und wettbewerbsfähig produziert werden kann.

Kernauftrag der WV Stahl ist die politische Interessenvertretung. Voraussetzung dafür ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs zu branchenrelevanten Themen: Einbindung in Wertschöpfungsketten, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung der Industrie als Technologiegeber sind dabei zentrale Elemente. Für eine zielgerichtete Interessenvertretung ist der Verband in Berlin, Brüssel und Düsseldorf vertreten.



Erfahren Sie mehr über die WV Stahl und ihre Aufgaben unter www.stahl-online.de.

Sie haben Fragen zu politischen Themen rund um die Stahlindustrie in Deutschland?

Dann kontaktieren Sie uns gerne!

Wirtschaftsvereinigung Stahl

Hans Jürgen Kerkhoff
Präsident
Telefon: +49 211 6707-110
E-Mail: kerkhoff@wvstahl.de

Dr. Martin Theuringer
Geschäftsführer
Telefon: +49 211 6707-964
E-Mail: martin.theuringer@wvstahl.de

Standorte

Französische Straße 8
10117 Berlin

Rue Marie de Bourgogne 58
1000 Brüssel

Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Ansprechpartner

Roderik Hömann
Telefon: +49 30 232 5546-10
E-Mail: roderik.hoemann@wvstahl.de

Rolf Kuby
Telefon: +32 2-8011387
E-Mail: rolf.kuby@wvstahl.de

Telefon: +49 211 6707-0

Pressekontakt

Marvin Bender
Telefon: +49 30 232 5546-50
E-Mail: marvin.bender@wvstahl.de

info@wvstahl.de
www.stahl-online.de

Mitglieder

der Wirtschaftsvereinigung Stahl

AG der Dillinger Hüttenwerke

66763 Dillingen
www.dillinger.de

ArcelorMittal Bremen GmbH

28237 Bremen
https://bremen.arcelormittal.com

ArcelorMittal Duisburg GmbH

47137 Duisburg
https://duisburg.arcelormittal.com

ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH

15890 Eisenhüttenstadt
www.arcelormittal-eisenhuettenstadt.com

ArcelorMittal Hamburg GmbH

21129 Hamburg
https://hamburg.arcelormittal.com

ArcelorMittal S.A.

L 2930 Luxembourg
www.arcelormittal.com

Badische Stahlwerke GmbH*

77694 Kehl/Rhein
www.bsw-kehl.de

B.E.S. Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH

14770 Brandenburg
www.rivastahl.com

Benteler Steel/Tube GmbH

33104 Paderborn
www.benteler.de

BGH Edelstahl Freital GmbH

01705 Freital
www.bgh.de

BGH Edelstahl Lugau GmbH

09385 Lugau
www.bgh.de

BGH Edelstahl Siegen GmbH

57076 Siegen
www.bgh.de

Böllinghaus Steel GmbH

40723 Hilden
www.boellinghaus.de

Chr. Höver & Sohn GmbH & Co. KG

51789 Lindlar
www.hoever-sohn.com

CMCPoland Sp. Z O.O.

PL 42-400 Zawiercie
www.cmc.com

Deutsche Edelstahlwerke Specialty Steel GmbH & Co. KG

58452 Witten
www.dew-stahl.de

DHS Dillinger Hütte Saarstahl AG Holding

66744 Dillingen
www.dillinger.de

DK Recycling u. Roheisen GmbH

47053 Duisburg
www.dk-duisburg.de

ERAMET Alloys GmbH

41189 Mönchengladbach
www.eramet.com

ESF Elbe-Stahlwerke Feralpi GmbH

01591 Riesa
www.feralpi.de

EZM Edelstahlzieherei Mark GmbH

58300 Wetter
www.ezm-mark.de

Friedrich Lohmann GmbH

58456 Witten-Herbede
www.lohmann-stahl.de

Georgsmarienhütte Holding GmbH

49124 Georgsmarienhütte
www.gmh-gruppe.de

H.E.S. Henningsdorfer Elektrostahlwerke GmbH

16761 Henningsdorf
www.rivastahl.de

Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH

47259 Duisburg
www.hkm.de

Ilsenburger Grobblech GmbH

38871 Ilsenburg
www.ilsenburger-grobblech.de

Karl Diederichs KG

42899 Remscheid
www.dirostahl.de

Mannstaedt GmbH

53840 Troisdorf
www.mannstaedt.de

Max Aicher GmbH & Co. KG

83395 Freilassing
www.max-aicher.de

Metal Ravne d.o.o.

SLO 2930 Ravne Na Koroskem
www.metalravne.com

Outokumpu Nirosta GmbH

47807 Krefeld
www.outokumpu.com

Peiner Träger GmbH

31226 Peine
www.peiner-traeger.de

Rolf Kind GmbH

51647 Gummersbach
www.r-kind.de

Rogesa Roheisengesellschaft Saar mbh

66763 Dillingen
www.rogesa.de

Saarstahl AG

66333 Völklingen
www.saarstahl.com

Salzgitter AG

38239 Salzgitter
www.salzgitter-ag.de

Salzgitter Flachstahl GmbH

38239 Salzgitter
www.salzgitter-flachstahl.de

Schmiedewerke Gröditz GmbH

01609 Gröditz
www.stahl-groeditz.de

Stahlwerke Bous GmbH

66359 Bous
www.stahlwerk-bous.de

Stahlwerke Thüringen GmbH

07333 Unterwellenborn
www.stahlwerk-thueringen.de

Swiss Steel AG

CH 6021 Emmenbrücke
www.swiss-steel.com

Swiss Steel Deutschland GmbH

40549 Düsseldorf
www.swiss-steel.com

thyssenkrupp AG

45143 Essen
www.thyssenkrupp.com

thyssenkrupp Electrical Steel GmbH

45881 Gelsenkirchen
www.tkes.com

thyssenkrupp Hohenlimburg GmbH

58119 Hagen
www.hoesch-hohenlimburg.de

thyssenkrupp Rasselstein GmbH

56626 Andernach
www.thyssenkrupp-steel.com

thyssenkrupp Steel Europe AG

47166 Duisburg
www.thyssenkrupp-steel-europe.com

Třinecké železářny, a.s.

CZ 73970 Třinec-Staré Město
www.trz.cz

VDM Metals International GmbH

58791 Werdohl
www.vdm-metals.com

Walzen Irlle GmbH

57250 Netphen
www.walzenirle.com

Walzwerke Einsal GmbH

58769 Nachrodt
www.walzwerke-einsal.de

WW-K Warmwalzwerk Königswinter GmbH

53639 Königswinter
www.ww-k.net

Wussten Sie schon, dass in der klimaneutralen Stahlproduktion je Tonne eingesetzten klimaneutralen Wasserstoffs 26 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart werden?

Diese und weitere Informationen finden Sie in unserer Broschüre „Fakten zur Stahlindustrie in Deutschland“.



Fakten zur **Stahlindustrie** in Deutschland

2020

Online
blättern unter:
[bit.ly/
stahlfakten20](https://bit.ly/stahlfakten20)



Wirtschaftsvereinigung
Stahl



Wirtschaftsvereinigung Stahl

Französische Straße 8

10117 Berlin

Telefon +49 30 232 5546-0

info@wvstahl.de

www.stahl-online.de

 www.facebook.com/stahlonline

 www.twitter.com/stahl_online

 www.linkedin.com/company/wirtschaftsvereinigung-stahl

 www.youtube.com/stahlonline



Wirtschaftsvereinigung
Stahl